

FiscalFuture e.V., Koppenplatz 10, 10115 Berlin

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/4393

An:
Martin Habersaat, Vorsitzender des Bildungsausschusses
im Landtag von Schleswig-Holstein
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

7. Januar 2025

Schriftliche Stellungnahme zu den Anträgen:

- **Finanzielle Bildung für bessere Chancen**
 - ***Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/2669***
 - ***Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 20/2689***
- **Vielschichtige Finanzbildung ist bereits heute fester Bestandteil von Schulen**
 - ***Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/2696***

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Möglichkeit, zu den oben genannten Anträgen eine schriftliche Stellungnahme für den Bildungsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags abgeben zu können. Diese Gelegenheit nehmen wir sehr gerne wahr.

Zunächst einmal begrüßen wir, dass sich der Landtag in Schleswig-Holstein mit dem Thema der **Ökonomischen Bildung** beschäftigt. Die **Finanzielle** oder **Finanzbildung** ist ein elementarer Bestandteil der **Ökonomischen Bildung**, zu der auch die **wirtschafts- und finanzpolitische Bildung** gehört. Wie im [Plenarsaal](#) in der 72. Sitzung vom 20.11.2024 (20. WP) bereits diskutiert, ist Deutschland das einzige G20-Land ohne Finanzbildungsstrategie. Die von der Ampel-Regierung ins Leben gerufene [Initiative zur Stärkung der finanziellen Bildung](#) in Deutschland wird aufgrund des Endes der Koalition nun nicht weiter verfolgt. Die nächste Bundesregierung sollte die Entwicklung einer Finanzbildungsstrategie für Deutschland unbedingt wieder aufnehmen. Die Landesregierung Schleswig-Holsteins sollte dabei ein besonderes Augenmerk darauf legen, dass auch die wirtschafts- und finanzpolitische Bildung gestärkt wird. Doch Schleswig-Holstein kann und sollte auch eigenständig weitere Schritte zur Verbesserung der ökonomischen Bildung im eigenen Land entwickeln und als Beispiel vorangehen.

Wirtschafts- und Finanzpolitik sind **zukunftsentscheidende Politikfelder**. Doch junge Menschen haben kaum Zugänge zu wirtschafts- und finanzpolitischen Themen. Viele politische Entscheidungen in diesen Bereichen werden zwar parteiübergreifend mit dem Argument der Generationengerechtigkeit begründet, doch junge Stimmen bleiben dabei oft ungehört.

Laut einer [Studie der genossenschaftlichen Fondsgesellschaft Union Investment aus dem Jahr 2024](#) gibt es erhebliche **Wissenslücken in Deutschland**. Die Studie bewertet das Finanzwissen der deutschen Bevölkerung mit der Schulnote 4, was eine Verschlechterung im Vergleich zu 2017 darstellt. 67% der befragten Expert:innen kritisieren die unzureichende Behandlung von Finanzthemen im Schulunterricht. Laut einer [Studie des Bankenverbandes BdB aus diesem Jahr](#) geben 80% der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland an, während ihrer Schulzeit kaum etwas über Wirtschaft und Finanzen gelernt zu haben. Bei den Wissenslücken gibt es außerdem große Unterschiede zwischen einzelnen gesellschaftlichen Gruppen und Geschlechtern. Das bleibt nicht ohne Folgen.

Viele junge Menschen verlieren zunehmend Anschluss und Vertrauen in die Politik und wenden sich an demokratiefeindliche und rechte Parteien. Laut der Trendstudie "[Jugend in Deutschland](#)" liegen dahinter meist ökonomische Faktoren wie Zukunftsängste, Kontrollverlust und ökonomische Unsicherheit. Insgesamt sind junge Menschen skeptischer als noch vor einem Jahr. Als Gründe nennt eine [Studie der Schörghuber-Gruppe](#) die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, die konjunkturelle Eintrübung, das Aus der Ampelkoalition, die jüngsten Wahlergebnisse auf Landes- und europäischer Ebene sowie die Wiederwahl von Donald Trump in den USA. Die Studie von Dr. Tobias Bürger und Sandra Zillinger von der Bertelsmann-Stiftung kommt zu dem Ergebnis: "[Junge Menschen wollen die Wirtschaft besser verstehen](#)", doch es fehlt an entsprechenden Formaten und einer zielgruppenspezifischen Ansprache. Junge Menschen werden von verkürzten und populistischen Darstellungen v.a. über Social Media angesprochen. Die mangelnde Kompetenz zu Finanzthemen macht sie auch anfällig für fragwürdige Angebote von Influencern und dubiosen Finanzdienstleistern. Eine umfassende ökonomische Bildung stärkt somit auch unsere Demokratie.

Die von der [OECD](#) vorgeschlagenen **Schwerpunkthemen für eine nationale Finanzbildungsstrategie** in Deutschland (Langfristiges Sparen und Altersvorsorge; Teilnahme am Finanz- und Kapitalmarkt; Haushaltsplanung und Überschuldungsprävention; Digitale Finanzkompetenz; Nachhaltigkeitspräferenzen bzw. Sustainable Finance) sind zwar richtig, liefern aber keine ausreichenden Antworten auf die weit größeren Wissens- und Kompetenzlücken zu wirtschafts- und finanzpolitischen Themen bei jungen Menschen. Auffällig ist, dass auch in den Anträgen und in der entsprechenden Plenardebatte deutlich mehr über den individuellen Zugang zu Geld und Finanzen gesprochen wird als über die grundlegenden Aspekte, Zusammenhänge und Herausforderungen unseres Finanzsystems und der Finanzpolitik.

Bei der **Verbesserung der finanziellen bzw. ökonomischen Bildung** sollte es nicht nur darum gehen, wie man durch private Vorsorge, eigenen Vermögensaufbau, Unternehmer:innentum oder den verantwortungsvollen Umgang mit Krediten und Anlagen die eigene ökonomische Situation verbessern kann. Wer mit solchen Maßnahmen die Chancengleichheit stärken will, blendet aus, dass bereits der Zugang und die Möglichkeiten

zur Umsetzung dieser Maßnahmen sehr ungleich verteilt sind. Die schulische Bildung sollte stattdessen **Chancengleichheit stärken**, das gesamtwirtschaftliche Verständnis stärken, wirtschafts- und finanzpolitische Zusammenhänge erläutern und die Einordnung damit verbundener politischer und gesamtgesellschaftlich relevanter Fragen ermöglichen.

Ein Beispiel ist das Thema Rente. Die FDP betont richtigerweise, dass das Thema Altersvorsorge angemessen berücksichtigt werden muss. Doch es reicht nicht aus, Altersvorsorge als private und individuelle Aufgabe zu vermitteln, denn dazu fehlt vielen jungen Menschen die Mittel und die Zugänge. Der demografische Wandel ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Das Rentensystem muss so gestärkt werden, dass zugrundeliegende Ungleichheiten abgefedert und bekämpft werden können. Die Antworten, die man mit Jugendlichen im Unterricht diskutiert, müssen also über individuelle Lösungen (z.B. private Altersvorsorge) hinausgehen.

In Schleswig-Holstein wird das **Schulfach Wirtschaft/Politik** (kurz: WiPo) i.d.R. ab der 8. Jahrgangsstufe unterrichtet. Der Alternativantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/die Grünen ([Drucksache 20/2696](#)) weist darauf hin, dass die **Fachanforderungen** bereits die nötigen Themenkomplexe abdecken. Neben den im Antrag erwähnten Themenkomplexen in Sekundarstufe I („Grundlagen im Umgang mit Geld“, „Sparen und Verschuldung“, „Umgang mit Taschengeld“, „Geld und Währung“, „Altersvorsorge“, „Einkommenssteuermodelle“) ist es richtig, dass in Q1.1 im Themenkomplex „Wirtschaftspolitik im Spannungsfeld zwischen Markt und Staat“ auch die „Herausforderungen der Wirtschaftspolitik“, insb. „Finanzpolitik zwischen ausgeglichenem Haushalt und Verschuldung“, „Steuerpolitik als Gestaltungsinstrument“, „Umweltpolitik als Herausforderung“ bzw. als vertiefenden Inhalte „Die Schuldenbremse im Grundgesetz“, „Einkommens- und Mehrwertsteuer als gerechtes System der Besteuerung?“ sowie „Energiepolitik zwischen staatlicher Steuerung und Markt“ unterrichtet werden.

Es wird allerdings deutlich, dass in den Themenkomplexen der Sekundarstufe I Jugendliche größtenteils als Konsument:innen betrachtet werden. Eine makroökonomische Auseinandersetzung ist außer beim Themenblock „Geld und Währung“ nicht zu erwarten, wäre aber z.B. bei „Sparen und Verschuldung“ oder auch „Altersvorsorge“ durchaus sinnvoll.

Bei den Themenblöcken der Q1.1 liegt der Fokus stärker auf Schulden statt z.B. auf dem immer weiter steigenden Investitionsbedarf. Es ist unklar, ob ein differenziertes Verständnis von Staatsschulden vermittelt und welcher Gegenwert ihnen gegenübergestellt wird, z.B. ökonomisch sinnvolle Investitionen in Infrastruktur und Bildung. Zu welchem Zeitpunkt lernen Schüler:innen die unterschiedlichen Möglichkeiten kennen, die der Staat hat, um den zusätzlichen öffentlichen Investitionsbedarf, der wissenschaftlicher Konsens ist¹, zu decken?

¹ Im Laufe des Jahres 2024 wurden die Investitionsbedarfe neu und umfassend geschätzt. Die Ergebnisse verdeutlichen eine breite Übereinstimmung bei den zusätzlichen öffentlichen Investitionsbedarfen in Deutschland: Im Mai 2024 bezifferten [das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler Stiftung \(IMK\)](#) und [das arbeitgebernahe Instituts der deutschen Wirtschaft \(IW\)](#) den zusätzlichen öffentlichen Investitionsbedarf in die Infrastruktur und die Wirtschaft auf 600 Mrd. € für die nächsten zehn Jahre[#]. Laut [Dezernat Zukunft](#) liegt der zusätzliche öffentliche Investitionsbedarf sogar bei 782 Mrd. € bis 2030. Das entspricht ca. 3% des BIPs pro Jahr. Der [Bund der Deutschen Industrie \(BDI\)](#) beziffert den gesamten Investitionsbedarf im gleichen Zeitraum auf insgesamt 1,4 Billionen € - wovon $\frac{2}{3}$ auf private Akteure entfallen und $\frac{1}{3}$ auf die öffentliche Hand (ca. 470 Mrd. €). Die verschiedenen Schätzungen zu den öffentlichen Finanzierungsbedarfen decken zwar teilweise unterschiedliche Bereiche ab, doch insgesamt liegen die Ergebnisse sehr nah beieinander.

Nach dem Beutelsbacher Konsens müssten verschiedene Perspektiven und finanzpolitische Maßnahmen im Unterricht berücksichtigt werden, doch aus den Fachanforderungen geht keine entsprechende Thematisierung hervor.

In ihrem Alternativantrag schreiben die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/die Grünen, dass die Lehr- und Lerninhalte stets auf **Aktualität** zu überprüfen sind. Der Aktualitätsbezug ist bei wirtschafts- und finanzpolitischen Themen besonders wichtig. So ist es beispielsweise richtig, das Thema „Geldanlage“ unter Berücksichtigung von Chancen und Risiken in den Fokus zu rücken. Aber auch die Debatte um nachhaltige Staatsfinanzen hat sich in den letzten Monaten stark weiterentwickelt.

Das Thema **Schuldenbremse** ist ein zentrales Beispiel. Seit dem BVerfG-Urteil im November 2023 hat sich die Debatte in den Wirtschaftswissenschaften, in der Politik, aber auch innerhalb der Gesellschaft stark verändert. Diese Informationen könnten im WiPo-Unterricht verwendet werden, um die aktuelle Debatte über die Schuldenbremse zu diskutieren und die verschiedenen Standpunkte zu analysieren. Es wäre eine gute Gelegenheit für Schüler:innen, die wirtschaftlichen und politischen Aspekte dieses Themas zu erforschen und ihre eigene Meinung zu bilden. Wenn junge Menschen das Gefühl haben, dass sie selbst in der politischen Debatte nicht mehr mitkommen, während Themen, die mit „Generationengerechtigkeit“ argumentiert werden, wie z.B. beim Thema Schuldenbremse, verlieren den Anschluss und das Vertrauen in die Politik und den demokratischen Entscheidungsprozess. Welche Weiterbildungsangebote können WiPo-Lehrer:innen in Schleswig-Holstein wahrnehmen, um ihren Schüler:innen zeitgemäße Unterrichtsinhalte vermitteln und auf gesellschaftliche Entwicklungen und Debatten eingehen zu können?

Es gibt zentrale Anknüpfungspunkte in den Fachanforderungen. Wie Martin Balasus (CDU) sagt: „Vorgaben, Inhalte, Initiativen, Materialien, Kooperationsideen, Netzwerke – all das gibt es bereits. Sie müssen aber auch stärker, nachhaltiger und umfassender genutzt werden. Die Vorgaben sind alle da.“ Daran anschließend sollten auch eine mehrperspektivische Untersuchung, sowie die Aktualisierung an politische und ökonomische Entwicklungen ebenfalls sichergestellt werden. In ihrem Antrag fordert die FDP, für „die Vermittlung der notwendigen Kenntnisse und Didaktik in der **Lehramtsausbildung** zu sorgen sowie entsprechende **Fortbildungsangebote** für Lehrkräfte zu entwickeln und anzubieten“. Gerade bei ökonomischen Themen, die für junge Menschen besonders abstrakt und alltagsfern wirken, aber gleichzeitig hochaktuell sind, sind solche Angebote zentral. Darüber hinaus gibt es weitere Herausforderungen, wie der **Lehrer:innenmangel**, die erschweren, dass alle Themen, die in Schleswig-Holstein zwar in den Fachanforderungen stehen, auch unterrichtet werden.